

An
den Gemeindevorstand/
den Kreisvorstand¹⁾

in

Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters/Landrates¹⁾

am

in der Gemeinde/im Landkreis¹⁾

I. ²⁾ Dieser Wahlvorschlag wird von einer Partei eingereicht und soll den Namen

Name der Partei	Kurzbezeichnung
-----------------	-----------------

führen.

²⁾ Dieser Wahlvorschlag wird von einer Wählergruppe eingereicht und soll den Namen

Name der Wählergruppe	Kurzbezeichnung
-----------------------	-----------------

führen.

²⁾ Dieser Wahlvorschlag wird gemäß § 62 Abs. 1 des Kommunalwahlgesetzes als gemeinsamer Wahlvorschlag eingereicht und soll die Namen

Namen der Partei(en)/Wählergruppe(n)	Kurzbezeichnung
1.)	
2.)	
usw..	

führen.

²⁾ Dieser Wahlvorschlag wird von einem Einzelbewerber eingereicht und soll die Bezeichnung „Einzelbewerber“

Einzelbewerber	und als Zusatz dessen Familiennamen	<input type="text" value="Familiennamen"/>
-----------------------	-------------------------------------	--

führen.

II. Aufgrund der §§ 20 bis 24, 56 und 62 des Kommunalwahlgesetzes sowie § 26 der Kommunalwahlordnung wird als Bewerber vorgeschlagen:

Familiennamen, Vornamen
Beruf oder Stand
Geburtsdatum, Geburtsort
Anschrift! (Hauptwohnung), Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort
Staatsangehörigkeit

III. Vertrauensperson für diesen Wahlvorschlag ist:

Vor- und Familienname, Anschrift, Fernruf

Stellvertretende Vertrauensperson ist:

Vor- und Familienname, Anschrift, Fernruf

IV. Dem Wahlvorschlag sind folgende Anlagen beigefügt ¹⁾:

1. Zustimmungserklärung des Bewerbers,
2. Bescheinigung über die Wählbarkeit des Bewerbers,
3. Ausfertigung der Niederschrift über die Mitglieder-/Vertreterversammlung zur Aufstellung des Bewerbers ³⁾,
4. Bescheinigung des zuständigen Parteiorgans über die Parteimitgliedschaft des in Ziffer II aufgeführten Bewerbers ⁴⁾,
5. Versicherung an Eides statt des Bewerbers, dass er parteilos ist ⁴⁾,
6. 3 Versicherungen an Eides statt gemäß § 20 Abs. 5 des Kommunalwahlgesetzes ³⁾ (auf einem Formblatt nach dem Muster der Anlage 13 zur Kommunalwahlordnung),
7. Bescheinigung des zuständigen Organs der Partei/Wählergruppe ¹⁾, dass in der Gemeinde weniger als fünf Mitglieder der Partei/Wählergruppe ¹⁾ wahlberechtigt sind ⁵⁾,
8. Versicherung an Eides statt des Bewerbers gemäß § 22 Abs. 5 Nr. 2 Buchstabe b des Kommunalwahlgesetzes, sofern der Bewerber Unionsbürger ist,
9. Erklärung des Bewerbers, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern einzutreten,
10. Erklärung des Bewerbers über eine Tätigkeit für das frühere Ministerium für Staatssicherheit oder für das Amt für nationale Sicherheit,
11. Erklärung des Bewerbers über eventuelle Straftaten,
12. Polizeiliches Führungszeugnis des Bewerbers,
13. Erklärung des Bewerbers, dass er in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt,
14. Erklärung des Bewerbers über Ausschlussgründe nach § 61 Abs. 2 Nr. 5 des Kommunalwahlgesetzes ⁶⁾,
15. Amtsärztliches Gesundheitszeugnis des Bewerbers ⁶⁾.

V. Bemerkungen

Ort und Datum

Vornamen, Familienname ^{7) 8)}
Maschinen- o. Druckschrift Unterschrift
Funktion

Vornamen, Familienname ^{7) 8)}
Maschinen- o. Druckschrift Unterschrift
Funktion

Vornamen, Familienname ^{7) 8)}
Maschinen- o. Druckschrift Unterschrift
Funktion

USW.

1) Nichtzutreffendes streichen
 2) Zutreffendes ankreuzen
 3) Bei Wahlvorschlägen von Parteien und Wählergruppen; Bei einem gemeinsamen Wahlvorschlag (§ 62 Abs. 1 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes) ist für jede an dem Wahlvorschlag beteiligte Partei/Wählergruppe eine Ausfertigung der Niederschrift beizufügen.
 4) Bei Wahlvorschlägen von Parteien. Entfällt bei Einreichung eines gemeinsamen Wahlvorschlages (§ 62 Abs. 1 Satz 2 zweiter Halbsatz des Kommunalwahlgesetzes)
 5) Nur in den Fällen des § 20 Abs. 5 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes
 6) Gilt für die Wahl des hauptamtlichen Bürgermeisters/Landrates
 7) Auf § 22 Abs. 4 des Kommunalwahlgesetzes und § 26 Abs. 4 Satz 1 in Verbindung mit § 25 Abs. 7 der Kommunalwahlordnung wird hingewiesen.
 8) Bei Einreichung eines gemeinsamen Wahlvorschlages (§ 62 Abs. 1 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes) wird auf § 26 Abs. 4 Satz 2 der Kommunalwahlordnung hingewiesen.